

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 9

Artikel: Diskussion um christliche Gewaltlosigkeit
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141920>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diskussion um christliche Gewaltlosigkeit

Die Spende der Ökumene an die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika (Angola und Mozambique) hat in den christlichen Kirchen in Europa, wie in der übrigen Welt, eine mächtige Diskussion in Gang gebracht, die einen Verlauf nimmt, der für Christen und Nichtchristen von gleicher Bedeutung ist.

Leider können wir unseren Lesern raumeshalber nur einen Ausschnitt aus Erörterungen kirchlicher Gremien vorlegen. Es handelt sich darum, ob der Ökumenische Rat berechtigt war und ist, Befreiungsbewegungen, die in ihrem Kampf gegen eine Kolonialmacht Waffen einsetzen, Hilfe zu leisten.

In einer «Diskussion um christliche Gewaltlosigkeit» («Stimme der Gemeinde», Aug. 1971) kommt Pfarrer Heinrich Treblin auf gewisse Thesen Helmut Gollwitzers zu sprechen, die der letztere im Anhang zu seinem Artikel «Zur Anthropologie des Friedens» aufgestellt hatte. («Junge Kirche», Heft 5, 1970.) Treblin schreibt dort: «Wir kennen Gollwitzers brennende Sorge, die Kirche könne an den Nöten der Menschen teilnahmslos vorübergehen, schweigend und untätig an dem Unrecht mitschuldig werden, das man ihnen antut . . . Mit Luther treibt ihn die Frage um, ob neben der christlichen «Feindesliebe» — der Überwindung des Bösen durch das Gute — nicht auch ein zweiter, andersartiger Weg gegangen werden müsse, um bedrängten Menschen wenigstens das nackte Leben zu retten. Er nennt diesen andersartigen Weg «Nächstenliebe» zum Unterschied von «Feindesliebe». Gollwitzer stellt als These 24 seiner Vorschläge auf: «Nächstenliebe kann heute zur Teilnahme des Christen an gewaltsamer Revolution führen.»

Heinrich Treblin entgegnet: «Im Licht des Neuen Testaments entpuppt sich die «andere Gestalt der Nächstenliebe als Rückfall in die natürlich-heidnische kollektive Selbstbehauptung auf Kosten der Feinde».

Professor Hans-Werner Bartsch nimmt in äußerst bedeutungsvollen Einwendungen zu Treblins Verabsolutierung der Gewaltlosigkeit Stellung. Wir möchten unsere Leser in diesem Zusammenhang auch an den Artikel von Professor Bartsch erinnern, den er uns für die März- und Aprilnummer 1971 der «Neuen Wege» zur Verfügung stellte. Titel: «Gewalt und Gewaltlosigkeit im Urchristentum.»

Gewalt muß nicht Waffengewalt bedeuten

Zunächst möchte Professor Bartsch den Begriff «gewaltsame Revolution» etwas genauer definiert sehen. Er weist darauf hin, «daß er nicht Waffengewalt einschließen muß, wie das Beispiel von Chile beweist, wo vielen Grundbesitzern durchaus gewaltsam ihr Besitz genommen wird, ohne daß Waffengewalt dazu gehört. In diesem Sinne ist tatsächlich jede

Revolution gewaltsam, indem sie der herrschenden Schicht gegen ihren Willen ihre Herrschaft nimmt. «Gewaltlos wird man keinen Großgrundbesitzer von seinem Besitz vertreiben können, um ihn den rechtmäßigen Eigentümern zu geben, nämlich denjenigen, die den Boden bearbeiten.»

«Diese Verwechslung von Gewaltlosigkeit mit der passiven Hinnahme der Verhältnisse, weil jede gewaltsame Veränderung wider den Willen Gottes sei, hatte 1926 die (deutschen) Kirchen dazu geführt, sich gegen die Fürstenenteignung zu wenden. Die Folgen dieses Mißverständnisses von Gewaltlosigkeit spüren wir bis heute.» (Man stelle sich vor, um ein weiteres Beispiel zu nennen, welche Leiden dem spanischen Volk erspart geblieben wären, hätte seine sozialistische Regierung im Jahre 1936 die militärischen Befehlshaber kaltgestellt und entmachtet. Da hätte sich Gewalt — wahrscheinlich Gewalt ohne einen Schwertstreich zum Segen des Volkes ausgewirkt. Red.) «Es gilt darum, das Wort Gewaltlosigkeit durch einen präziseren Begriff zu ersetzen. . . . Wir können nur sagen, daß die Anwendung von Waffengewalt dem Evangelium widerspricht.

Eine Umwandlung bestehender Verhältnisse zugunsten der Unterdrückten dadurch, daß den Herrschenden die Mittel ihrer Herrschaft aus den Händen genommen werden — und das bedeutet in 99 Prozent Gewalt — ist vom Evangelium als Verwirklichung des Gottesreiches und als Voraussetzung für seinen Frieden gefordert.»

Auf den Einwand Treblins «daß Christus die Seinen auch nicht durch Waffengewalt vor Verfolgung und Unterdrückung zu retten versucht hat», entgegnet Professor Bartsch: «Das Gottesreich, dessen Kommen Jesus proklamierte, wird doch nicht nur 'die Seinen', sondern alle Unterdrückten befreien. Das Glücksverlangen der Menschen ist nicht bloß 'Liebe zum eigenen Fleisch und Blut', wie sich Treblin ausdrückt. Das Glück, nach dem zu streben, was als Menschenrecht deklariert wurde, besteht, wie Bartsch sagt, in dem Miteinander der Menschen in allen Dingen, auch in der Freude an den Gütern dieser Erde. Dieses Miteinander hat darum auch eine notwendige wirtschaftliche und materielle Grundlage, die offensichtlich auch Jesus nicht gleichgültig ist.»

Der Verzicht auf Waffengewalt

«So sehr ich überzeugt bin», sagt Bartsch, «daß Waffengewalt niemals dem davon Betroffenen, gegen den sie gerichtet ist, das Zeugnis der Liebe Christi vermitteln kann — und darum auch nicht demjenigen, dem sie zugute kommen soll — so wenig kann ich diesen Verzicht als Prinzip oder Ideal absolut setzen.»

Waffengewalt und der Verzicht darauf müssen vielmehr in der Funktion gesehen werden, die sie im revolutionären Kampf haben.

«Es reicht nicht aus, das eine als Sünde zu verteufeln und das andere als

christliches Friedenszeugnis heilig zu sprechen. Es ist vielmehr gerade der heute oft unausweichliche Konflikt, daß der Verzicht auf Waffengewalt und gar die Predigt dieses Verzichts konkret die Funktion hat, die herrschende Gewalt ungeschoren zu lassen. Auch wenn wir diese Predigt an beide Seiten richten, hat sie nicht für beide Seiten die gleiche Funktion, schon weil die Herrschenden niemals erkennen und einsehen, daß das Vorenthalten des Menschenrechts bis hin zu den primitivsten Lebensbedürfnisse die gleiche Gewalt ist, wie die Waffengewalt.»

«Vergessen wir nicht, daß Gandhi keinen revolutionären Kampf geführt hat, sondern nur einen nationalen Befreiungskampf. Er hat auch auf die Gewalt verzichtet, die den Fürsten und Feudalherren ihre Macht genommen hätte. Darin ist das Versagen seines Kampfes begründet, wie es heute im täglichen Hungertod auf Indiens Straßen sichtbar ist. Auch Martin Luther Kings gewaltloser Widerstand hat die Unterdrückung der Farbigen in den USA nicht aufheben können. Sein Traum führte nicht zum 'gewaltsamen' Handeln. Camille Torres (ein Priester in Columbien) entschied sich für die Solidarität mit den Kämpfenden in der Teilnahme an ihrem Kampf. Das hat seinen Grund darin, daß durch das Bündnis der Christenheit mit den bestehenden Mächten, die Christen zuletzt für die durch Jahrhunderte ausgeübte Gewalt der Mächtigen verantwortlich sind. Noch heute wird die Unterdrückung in Südafrika christlich theologisch zurechtgefertigt. Aus dieser Verantwortlichkeit der Christen für die unterdrückende Gewalt entsteht aber der Konflikt, weil diese unterdrückende Gewalt sich weder durch gewaltlosen Widerstand, noch durch christliche Predigt aufheben läßt. Die erste Aufgabe des Christen ist darum (nach Bartsch), den Unterdrückten die Solidarität zu bezeugen — und wenn sie im Kampf sind, sich an ihre Seite zu stellen.»

Die Teilnahme am bewaffneten Kampf kann nicht gerechtfertigt werden — er bleibt Schuld. Es kommt darin auch die Schuld zum Ausdruck, durch Jahrhunderte der Unterdrückung gedient zu haben. Trotzdem es für den Konflikt keine Rechtfertigung gibt, kann Prof. Bartsch auf die Parteinahme nicht verzichten, weil er damit der unterdrückenden Gewalt Vorschub leisten würde.

(Wir dürfen an dieser Stelle wohl auch ein neueres, ähnlich gelagertes Beispiel der Solidarität mit den Unrechtleidenden beiziehen, denen Hilfe geboten werden muß, trotzdem sie weltanschaulich einen uns fremden Standpunkt vertreten. Der Schweizerische evangelische Pressedienst (11. Aug.) gibt bekannt, daß die Presbyterianische Kirche in USA 10 000 Dollar für die Verteidigung von A n g e l a D a v i s spendete, d. h. für die ehemalige schwarze Philosophiedozentin und dezidierte Nicht-Christin, deren Prozeß in Amerika zur cause célèbre werden dürfte. Trotz schärfster Mißbilligung dieser Geste durch die Kirchenangehörigen (1800 Proteste und 10 zustimmende Briefe) ließ sich die Kirchenleitung

nicht von ihrer Haltung abbringen. «Es gehöre zu den vornehmsten Pflichten, für die Gerechtigkeit in der Welt einzustehen. . . . Es stehe dabei nicht zur Diskussion, ob Angela Davis sich zum Christentum bekenne oder nicht. Entscheidend sei, daß es beim Prozeß gegen sie recht hergehe.»

Professor Bartsch weiß sich mit Pfarrer Treblin darin einig, daß die unterdrückende Gewalt aufgehoben werden muß, besonders wenn sie mit «christlicher» Rechtfertigung auftritt. Er stimmt auch mit ihm überein, daß es vom christlichen Standpunkt keine Rechtfertigung für die Anwendung von Waffengewalt gibt, weder im revolutionären Kampf noch zur Erhaltung oder Herstellung von Ruhe und Ordnung. Er hat aber das Gefühl, daß für ihn die Solidarität mit den Unterdrückten, die allein das Zeugnis der Liebe Jesu Christi vermitteln kann, über der Frage rangiert, ob Waffengewalt angewendet werden darf oder nicht. Solange er selbst nicht vor diese Entscheidungsfrage konkret gestellt ist, hat er, wie er sagt, nicht den Mut, anderen — gar Nichtchristen — den Verzicht auf Waffengewalt zu predigen. Er hält es für möglich, daß er in der Situation von Camillo Torres oder Eduardo Mondlane nicht anders als sie handeln könnte.

In der Frage der Gewaltanwendung im Kampf um soziale Gerechtigkeit ist dies eine klare Stellungnahme, der wir zustimmen und für die wir Professor Bartsch herzlich dankbar sind. Red.

Die Politik Jesu

Aus einem Vortrag von André Trocmé
am Ökumenischen Seminar des IFOR (Versöhnungsbund) in Rom.
Dezember 1970

Die Außenpolitik Jesu

In der Außenpolitik ist Jesus für die Ablehnung des Gehorsams gegenüber Herodes und für die friedliche Koexistenz mit den Römern. Es ist leicht zu verstehen, warum.

Für Jesus ist Herodes der Usurpator des Thrones Israels. Er hätte sich, als Galiläer Herodes unterordnen müssen, stattdessen begegnet er ihm mit radikalem zivilem Ungehorsam, wie es später Gandhi mit den Engländern tat. Herodes läßt Jesus durch Vermittler sagen: «Gehe weg von hier, Herodes will dich umbringen.» Jesus weigert sich, seine Pläne zu ändern und antwortet: «Geht und sagt diesem Fuchs also . . . , daß ich heute, morgen und den Tag darauf wandern muß . . . » usw. (Lukas 13, 31-33.) Später, vor dem Gericht Herodes, weigert er sich, dessen Fragen